



Liste Bürgerbeteiligung und Umweltschutz

VV LBU 24.01.2018: Verkehrswende in TUT – Haushalt stabil

Am 24.01.2018 fand die erste Vollversammlung statt, bei der alle, die sich als Anhänger der LBU verstehen, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger insgesamt ihre Wünsche und Anregungen für die Gemeinderatsfraktion anbringen können.

Als Nachfolger von Petra Schmidt-Böhme koordiniert nun Bodo Kreidler die Sitzungen, die sechsmal jährlich im Gasthaus Engel stattfinden. Rund 25 Personen kamen zusammen und diskutierten die brennenden Tuttlinger Themen:

Die Fraktionsvorsitzende der LBU, Ulrike Martin, erläuterte das neue **Parkkonzept**:

Die Zahl der einpendelnden Arbeitnehmer nehme stark zu und damit auch das Parkproblem, vor allem im Bereich der Innenstadt, wo die dort Beschäftigten nicht nur in Konkurrenz zu den Anwohnern sondern auch den Kunden der Innenstadtgeschäfte stünden. Ziel der Stadtverwaltung sei es, vor allem Berufspendler und „Langzeiteinkäufer“ aus der Innenstadt in die Außenbezirke zu verschieben, so dass die Parkplätze in der Innenstadt für Anwohner und kurzparkende Kunden zur Verfügung stehen. Dies solle mit folgenden Maßnahmen erreicht werden: Zum einen würden mehr Parkplätze in der Innenstadt kostenpflichtig und auf Kurzzeitparken begrenzt. Anwohner und Beschäftigte können Parkausweise kaufen, diese seien für Beschäftigte (120 €/Jahr) allerdings deutlich teurer als für Anwohner (30€/Jahr). Zudem solle die Ausnutzung der bisher nur wenig genutzten Parkhäuser in der Innenstadt verbessert werden.

Ulrike Martin bekräftigte die Auffassung der LBU, dass deutlich mehr Parkmöglichkeiten in den Außenbereichen der Stadt geschaffen werden sollten, vor allem im Ludwigstal sowie den Bereichen Möhringer Vorstadt und Bahnhof. Die Anbindung der außenliegenden Parkplätze mit Umstieg auf den ÖPNV solle deutlich besser ausgebaut werden. Busse sollten öfter fahren, schneller ans Ziel kommen und nicht zu teuer sein.

Hans-Martin Schwarz wies in diesem Zusammenhang auf die Busspuren und die Vorrangschaltung der Ampeln für den Stadtbusverkehr hin, der leider derzeit noch immer ein „weißer Elefant“ sei. Auch auf Drängen der LBU-Fraktion soll diese ÖPNV-fördernde Technik nun im Jahr 2018 zum Zug kommen. Auch vom Neubau des Landratsamts für 300 Beschäftigte in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof verspricht sich der OGL-Kreisrat einiges, so könnte ein Teil dieser Beschäftigten künftig mit der Bahn zum Arbeitsplatz kommen, auch das attraktive Jobticket des Landkreises nutzend.

Da vor allem der **ÖPNV und alternative Mobilität** Kernthemen der LBU sind, möchte die Fraktion in diesem Punkt deutlich Stellung beziehen und die Verwaltung in der Realisierung der geplanten Maßnahmen unterstützen bzw. diese, wo nötig, mit eigenen Konzepten und Vorschlägen ergänzen und verbessern, wie Bodo Kreidler betonte. Spontan fand sich eine vierköpfige Arbeitsgruppe bereit, inhaltlich zu diesem Themenkomplex zu arbeiten.

Bodo Kreidler erläuterte anschließend, dass das genaue Vorgehen in der Erneuerung der **Rußbergstraße** nach wie vor unentschieden sei. Man warte nun zusätzlich zu den Plänen für einen Ausbau der Rußbergstraße auch auf Pläne für eine einfache Sanierung der Straße. Die LBU würde eine Sanierung der Straße im Bestand vorziehen.

Zum Thema **Haushalt 2018** erläuterte und kommentierte Hans-Martin Schwarz kurz den Haushaltsplan für 2018. Der höchste Anstieg liege bei den Personalkosten. Die Stadt hatte in den letzten Jahren einen deutlichen Personalzuwachs zu verzeichnen, dies liege zum einen daran, dass Tuttlingen als Stadt gewachsen sei und daher z. B. mehr Stellen in der Kinderbetreuung oder dem Unterhalt öffentlicher Grünflächen schaffen musste, zum

anderen gebe es auch neu geschaffene Stellen wie in der Flüchtlingsbetreuung oder dem kommunalen Ordnungsdienst.

Zudem unternehme die Stadt in 2018 mehrere große Investitionen, allen voran die Sanierung der Gymnasien und verschiedene Flächenkäufe zur Schaffung neuer Quartiere wie dem Storz Areal und von Industriegebieten wie die Gänsäcker-Erweiterung. Diese Investitionen würden die Schulden der Stadt von 13 auf 26 Millionen Euro verdoppeln. Da es sich dabei aber um sinnvolle und zukunftssichernde Investitionen handelt und die Einnahmen der Stadt aus Gewerbesteuern sich gut entwickelten, sollte diese zusätzliche Belastung nicht problematisch sein. Die LBU würde dennoch ein waches Auge auf alle Ausgabenpositionen legen.

Etwas weniger positiv sieht man bei der LBU die **Aussichten der Stadtwerke** für dieses Jahr. Das TuWass fahre nach wie vor große Verluste ein, sei aber mit 380.000 Besuchern jährlich ein Bad für ganz breite Bevölkerungsschichten und müsse daher mit ca. 4 € pro Eintrittskarte stark subventioniert werden. Bei der Trinkwassergewinnung fielen für die von der LBU befürworteten neue Ultrafiltrationsanlage für den Riedgraben hohe Kosten an und vor allem im Strombereich wanderten Kunden zu billigeren Anbietern ab. Dennoch erfüllen die Stadtwerke nach Ansicht der LBU wichtige unverzichtbare Infrastrukturaufgaben in der Stadt.

Paul Roder stellte abschließend den aktuellen Stand der **erhaltenswehrt Initiative** vor und berichtet von einem kürzlich stattgefundenen Termin mit Landesumweltminister Untersteller. Es gebe nach wie vor Uneinigkeit in der Bewertung des Gutachtens von Dr. Wurm. Da die Entscheidung aller Wahrscheinlichkeit nach in einem langwierigen Rechtsstreit münden werde, liege der Fokus der Initiative jetzt erstmal auf der Frage, wie bis zur endgültigen Entscheidung mit dem Wehr verfahren werden soll. Der Experte der Stadt sage, dass für die Dauer des Rechtsstreits der Status Quo, also Wehr oben, gelte. Der Experte des Umweltministeriums sage, bis zur Entscheidung sei das Wehr "rechtsfreier Raum", es liege keine Betriebserlaubnis vor, also müsse es unten bleiben. Vermutlich werde diese Frage mit einem dritten, neutralen Gutachten geklärt.

Für Juni ist eine öffentliche Veranstaltung unter Beteiligung des Umweltministeriums geplant, die die Bürger über die Argumente und Pläne des Ministeriums informieren soll.

Ein Ausblick auf die **Gemeinderatswahl 2019** beendete die Sitzung. Bei den Kommunalwahlen wolle die LBU wie immer eine volle und ausgeglichene Liste präsentieren. Ein jeder möge sich jetzt schon überlegen ob er oder sie kandidieren möchte, oder Menschen kennt, die gerne kandidieren möchten.

Die **nächste VV** findet am Mittwoch, den **21.03.2018 um 20.00 Uhr** im [Gasthaus Engel](#) „Da Semi“ in der Oberen Hauptstraße 4 statt.